

FORUMSBEITRÄGE / LESERMEINUNGEN

S-Bahn Liechtenstein Gründung eines überparteilichen Gegenkomitees

Das überparteiliche Gegenkomitee «S-Bahn-NEIN» wird den Gegenpart in der auf den 30. August angesetzten Abstimmung übernehmen. Bei der Abstimmung geht es um die Gewährung eines Verpflichtungskredits von 71,3 Millionen Franken für den Ausbau der Eisenbahnstrecke Feldkirch - Buchs, für eine S-Bahn Liechtenstein mit jährlichen Folgekosten von circa 2 Millionen Franken. Derzeit sind die Abgeordneten Herbert Elkuch, Thomas Rehak und Erich Hasler daran, ein überparteiliches Komitee zusammenzustellen. Wer im Gegenkomitee mitmachen oder sich einfach über die Vorlage näher informieren möchte, kann sich an einen der Abgeordneten wenden (herbert.elkuch@landtag.li, thomas.rehak@landtag.li, erich.hasler@landtag.li).

Herbert Elkuch, Thomas Rehak und Erich Hasler, Demokraten pro Liechtenstein (DpL)

OKP-Staatsbeitrag Finanzpolitischer Spielraum

Wie jedes Jahr hat die Fraktion der Freien Liste im Landtag eine substanzielle Erhöhung des Staatsbeitrages an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) vorgeschlagen. Wie jedes Jahr auf dem Niveau von 2010, also vor den massiven staatlichen Kürzungen. Die Erhöhung von 33 auf 57 Millionen Franken hätte eine Reduktion der Prämienlast von total 720 Franken pro Jahr bewirkt, je zur Hälfte für Arbeitnehmer/-innen und Arbeitgeber/-innen. Bekanntermassen sind die Krankenkassenprämien Kopfprämien und belasten sowohl den Kleinverdiener als auch die Grossverdienerin unabhängig von der finanziellen Tragfähigkeit gleich. Dieses System ist unsozial und wird nur in Liechtenstein und der Schweiz so angewendet, sonst nirgendwo. Mit der Ausweitung der Prämienverbilligung ist ein wichtiger Schritt in Richtung erwerbsabhängiger Krankenkassenprämien gemacht worden, denn bei der Prämienverbilligung ist nämlich genau der Erwerb ausschlaggebend. Die Erhöhung des Staatsbeitrages ist daher nur logisch, wenn man die unsozialen Kopfprämien im gegenwärtigen System lindern will. Die Aussage der Regierung, dass sie weder bei der AHV noch bei der OKP eine Erhöhung der staatlichen Leistungen befürwortet, weil kein Geld vorhanden sei, wohl bemerkt in einer Phase der Hochkonjunktur, lässt Böses erahnen für die nächsten Jahre. Ausserdem muss man wissen, dass in der jüngeren Vergangenheit Steuergeschenke an Vermögende und Unternehmen im Umfang von vielen Millionen Franken gemacht wurden, die diesen Umstand, dass kein Geld vorhanden sei, erklären. So wurde die Couponsteuer ohne Not abgeschafft, ein Eigenkapitalzinsabzug eingeführt, der sich nicht am Markt orientiert, die Erbschaftssteuer ersatzlos abgeschafft, Liegenschaften nach wie vor nicht richtig bewertet, der Finanzausgleich an die Gemeinden ist reformbedürftig, systemrelevante Banken werden nicht mit einer Too-big-to-fail-Abgabe bedacht und Casinos viel zu gering besteuert. Das sind die Punkte, bei denen in den nächsten mageren Jahren ange-

setzt werden muss, sonst werden zur Überbrückung drohender finanzieller Engpässe abermals die Falschen zur Kasse gebeten. Da der Landtag die Erhöhung des Staatsbeitrages der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung auf 57 Millionen Franken ablehnte, stellte die Fraktion der Freien Liste daraufhin den Antrag, zumindest die Kostensteigerungen mit einem 2 Millionen höheren Staatsbeitrag abzufedern. Dass nicht einmal diese Kostensteigerung von circa 2 Millionen Franken bei den Gesundheitskosten von einer Mehrheit des Landtages ausgeglichen werden sollte, ist Anlass zur Besorgnis und zeigt schon jetzt den Weg, der wohl eingeschlagen werden wird. Wohin soll die Reise gehen? Schreiben Sie uns: info@freieliste.li.

Landtagsfraktion der Freien Liste

Einbürgerungskriterien VU, FL und DU blockieren Anpassung

Die Initiative der Abgeordneten Thomas Rehak, Herbert Elkuch und Erich Hasler zur Abänderung der Einbürgerungskriterien wurde von der gesamten VU, FL und der DU abgelehnt. Die VU-Abgeordnete Gunilla Marxer Kranz erklärte im «Klar» («Vaterland» vom 6. Juni 2020) das Verhalten der VU. Inhaltlich zeigte sie zwar Verständnis für die Initiative, die sprachlichen Anforderungen zu erhöhen, suchte aber im Formalismus, weitab von Sachpolitik, nach Gründen für ein Nein. Die gesamte VU versteckte sich hinter einer fadenscheinigen Argumentation und verhinderte damit eine Anhebung der ansonsten sehr laschen Einbürgerungsbedingungen. Ausschlaggebend war wohl, dass Regierungsrätin Dominik Hasler die Vorlage zur doppelten Staatsbürgerschaft nicht mit einer Erhöhung der Einbürgerungskriterien verbinden wollte - trotz gegenteiliger Voten zahlreicher Abgeordneter in der 1. Lesung. Die VU, FL und DU wollen nun die doppelte Staatsbürgerschaft einführen, ohne dass sichergestellt ist, dass eine erfolgreiche Integration eines Bewerbers gelungen ist. Unsere Gesetzesinitiative umfasste zusätzliche Einbürgerungskriterien, wie sie in der Schweiz bereits Gesetz sind. Konkret wollten wir festschreiben, dass ein Bewerber für eine Einbürgerung integriert sein muss und sich der Gesellschaft zugehörig fühlt. Neu hätte der Bewerber nachweisen müssen, dass er mit den liechtensteinischen Lebensverhältnissen vertraut ist und sich am gesellschaftlichen Leben in Liechtenstein beteiligt. Dieser Nachweis wäre erbracht, wenn der Bewerber am sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft in Liechtenstein teilnimmt und Kontakte zu liechtensteinischen Landesbürgern pflegt. Ausserdem wollten wir die Sprachvoraussetzungen für das mündliche Sprachniveau von B1 auf das Niveau B2 anheben. Nach unserer Auffassung sollen nur Personen mit guten Sprachkenntnissen eingebürgert werden, da gute Sprachkenntnisse zentral für eine erfolgreiche Integration sind. Zu guter Letzt wollten wir auch die Wartefrist für eingetragene Personen für eine erleichterte Einbürgerung von 5 auf 10 Jahre anheben. Damit sollten die unterschiedlichen Wartefristen einander angeglichen werden, denn Alteingesessene müssen für eine erleichterte Einbürgerung einen inländischen Wohnsitz von mindestens 30 Jahren nachweisen. Mit unserer Vorlage wäre eine erfolgreiche Integration Voraussetzung für eine Einbürgerung gewesen. Die VU, FL und DU haben das erfolgreich verhindert. Diese Parteien wollen die Barrieren zur Erlangung der Staatsbürgerschaft weiterhin sehr tief halten und gleichzeitig

die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen. Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen, denn am 30. Aug. stimmt das Volk über die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ab.

Thomas Rehak, Abgeordneter der Neuen Fraktion (Demokraten pro Liechtenstein; DpL)

Pandemie Coronatests in den Schulen?

60 000 Franken pro Woche (!) würden Coronatests in den Schulen kosten (siehe «Volksblatt» vom Montag, den 8. Juni, Seite 3). Hinterfragt denn niemand die Narrative von Corona? Folge dem Geld.

Christine Büchel, Egerta 16, Schellenberg

Träume sind Schäume

Ich habe geträumt, dass Vaduz die Hälfte des Riesenüberschusses - also etwa 20 Millionen Franken - den anderen Gemeinden schenkt, um die Folgen der Coronakrise abzumildern. Die einzige Bedingung sei, dass sich die Gemeinden untereinander einstimmig bis Ende Juli über den Verteilschlüssel einigen. Vaduz wird sich bei den Verteilungsgesprächen ausblenden! Das Geld kann dann zeitnah ausgeschüttet werden, damit die Gemeinden rasch Investitionen auslösen können. Aber eben - Träume sind Schäume.

Louise Willi, Brüel 17, Balzers

«HalbeHalbe» Gleiche Chancen für Frauen

In unserem liebenswerten Liechtenstein sind Frauen in Politik und Wirtschaft deutlich weniger präsent als Männer. Sie werden seltener als Expertinnen zu Veranstaltungen eingeladen und sind auch in den Zeitungen weniger auf Fotos zu sehen. Alleine schon deshalb sind Frauen bei Wahlen im Nachteil. Die Initiative «HalbeHalbe» möchte, dass sich das schneller ändert. Wird sie angenommen, ist es möglich, solche Nachteile mit Fördermassnahmen auszugleichen. Das braucht es, damit die Chancen für Frauen, gewählt zu werden, steigen und sich denen der Männer angleichen. Deshalb unterstütze ich die Initiative «HalbeHalbe» und werde ein Ja in die Urne legen.

Andrea Matt, Gemeinderätin, Am Gupfenbühl 3, 9493 Mauren

Bergwelt Der Stacheldraht ist weg, aber noch nicht überall

Die «Liewo» berichtete im Februar über die Problematik der Stacheldrahtzäune auf den Alpweiden. Ich habe danach einen Leserbrief verfasst, aber nie eingesandt. Nun hat mich ein Bericht - «Weidenetz als tödliche Falle» vom 9. Juni im «Vaterland» - bewogen, doch noch etwas dazu zu schreiben. Kürzlich bin ich vom alten Tunnel zum Rappenstein gewandert. Und siehe da, der rostige Stacheldraht, über den ich mich Anfang Jahr noch aufregte, ist weg. Es wurde ein elektrischer Zaun aus zwei Reihen Litzen draht erstellt, sehr professionell. Stacheldraht gehört weg von unseren Bergen und Alpen, es genügt der Litzen draht, auch wenn er nicht elektrifiziert werden kann. Was in Graubünden möglich ist, muss auch bei uns funktionieren. Am Stacheldraht haften Büschel von Tierhaaren und Blut. Viele wer-

den grausige Wunden davon getragen haben. Teilweise reicht der Stacheldraht bis an die Drehkreuze an den Wegen und man muss aufpassen, nicht hängen zu bleiben. Also weg damit und zwar rasch. Ich motze nicht nur, sondern bin bereit, in Fronarbeit mitzuhelfen. Danke.

Otto Beck, Bergstrasse 119, Triesenberg

Systemangriff von links Rassismus für Weltverbesserer

Man stelle sich vor, das Opfer von dem Polizeieinsatz mit Todesfolge in den USA wäre kein schwarzer Afroamerikaner, sondern ein Indianer, ein Chinese, ein Japaner, ein Mongole, ein Tamile usw. gewesen. Was wäre dann wohl an Protesten passiert? Nichts und zwar überhaupt gar nichts. Das gibt zu denken und nach den verheerenden Folgen wie Plünderungen und Morden sieht so aus, als wäre hier ein wunderbares Mittel entstanden, beliebig unter dem Deckmantel des Rassismus seinem persönlichen Frust freien Lauf zu lassen, oder seine Wut auf das System auszukosten. Umso besser, wenn sich gerade noch die Gelegenheit bietet, ein Geschäft zu plündern, um sich darin zu bereichern. Der Vorfall in den USA bot auch in Europa die Chance für Linke und Anarchisten, das System anzugreifen und endlich auf Ordnungshüter Steine werfen zu können. Es erstaunt nicht, dass sich Trittbrettfahrer munter auf den Zug schwingen, um noch schnell ihren Drang, sich als Gutmenschen in Szene zu setzen, auszukosten. Auch ein Mathias Ospelt reiht sich nahtlos ein in die Reihen jener Weltverbesserer, die eine grölende Masse brauchen, um an Mut zu gewinnen. Indem er uns eine ellenlange Liste englischer Literatur vorschlägt, welche uns vor der Verleugnung des Rassismus aufklären würde, krönt er sich selbst als Gesinnungsethiker. Nun, Rassismus ist eine ganz natürliche, von der Evolution vorgesehene menschliche Eigenschaft. Wir

mögen uns nicht. Der Bayer mag den Preussen nicht, der Österreicher den Piefke, der Flame den Wallonen, der Grieche den Türken, der Serbe den Albaner, der Japaner den Koreaner usw. Die Evolution hat darauf die Antwort, dass wenn ein Volk zusammenhält, die gesellschaftlichen und moralischen Normen stets verfeinert, sich ethisch erfolgreich entwickelt, bessere Chancen hat, die Zeit zu überdauern, als wenn es die Zügel schleifen lässt. Verständlich, wenn ein solch erfolgreiches Volk sich gegen Einflüsse wehrt, welche ihr Fortbestehen gefährden. Zurück zu dem gewalttätigen Polizisten, der dem Opfer so lange auf dem Hals kniete, bis jenes starb. Wir wissen nicht, ob er das aus rassistischen Motiven tat, oder er einfach den starken Mann spielen wollte. Dennoch urteilen wir scharf. Apropos Polizeigewalt? Die gibt es auch bei uns. Erinnern wir uns nur, was Dr. Alois Büchel widerfahren ist. Oder eine Rüpelei in Schaan erzwingt ein Zeitungsfoto, auf welchem zwei schwer bewaffnete Polizisten dem wehrlosen Opfer auf einer Motorhaube die Hände auf den Rücken fesseln.

Jo Schädler, Eschnerstrasse 64, Barendorn

In eigener Sache Hinweis zu Leser- briefen und Foren

Da auch unsere Rubrik «Leserbriefe» einer Planung bedarf, bitten wir unsere Leser, sich möglichst kurz zu halten und als Limite eine maximale Anzahl von 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) zu respektieren. Die Redaktion behält es sich in jedem Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren und kann darüber keine Korrespondenz führen. Wir bitten darum, uns die Leserbriefe - inklusive der vollen Anschrift des Unterzeichners - bis spätestens 16 Uhr zu kommen zu lassen. Für die Rubrik «Forum» gilt, die 3000-Zeichen-Marke nicht zu überschreiten.

redaktion@volksblatt.li



Jahresgedächtnis

Die Erinnerung bewahren

- Erinnern Sie an liebe Menschen mit einem Jahresgedächtnis in Ihrem «Liechtensteiner Volksblatt».
- Wir helfen Ihnen gerne bei der Gestaltung nach unseren vorliegenden Richtlinien.
- Individuelle Texte sowie Farbfotos sind möglich.
- Setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung.

Wir beraten Sie gerne:

Liechtensteiner Volksblatt AG
Im alten Riet 103, 9494 Schaan
Telefon +423 237 51 51
www.volksblatt.li
inserate@volksblatt.li
volksblatt.li/todesanzeigen

Volksblatt
Die Tageszeitung für Liechtenstein

ANZEIGE

Das «Volksblatt»
Zwitschert: @volksblatt
Twitter
Volksblatt